

## **Schriftlicher Bericht**

**des Ausschusses für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik  
(8. Ausschuß)**

**über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf  
eines Gesetzes zu den vom Rat der Organisation am 14. Dezember  
1967 beschlossenen Änderungen des Abkommens über  
die Errichtung einer Europäischen Organisation für kern-  
physikalische Forschung (CERN)**

**— Drucksache V/3861 —**

### **A. Bericht des Abgeordneten Raffert**

Der Bundestag hat den obengenannten Gesetzentwurf in seiner 218. Sitzung am 26. Februar 1969 in erster Lesung beraten und dem Ausschuß für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik federführend sowie an den Auswärtigen Ausschuß zur Mitberatung überwiesen.

CERN betreibt seit 1954 Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Hochenergiephysik. Im Forschungszentrum der Organisation in Genf wird mit Hilfe großer Teilchenbeschleuniger gearbeitet. CERN hat sich den Ruf einer erfolgreichen internationalen Organisation erworben, die ein Beispiel konkreter europäischer Zusammenarbeit unter den Physikern gibt.

Die vom Rat von CERN beschlossenen Änderungen des Gründungsabkommens sollen ein Zukunftsprogramm der Organisation ermöglichen, ohne daß die Zustimmung zu diesen Änderungen die Beteiligung der einzelnen Mitgliedstaaten an dem Zukunftsprogramm präjudiziert wird.

Die Änderungen enthalten im wesentlichen die erforderlichen Anpassungen für den Fall der Einrichtung eines zweiten Laboratoriums im Rahmen von CERN, ohne daß eine neue Organisation gegründet werden müßte.

Bei CERN wird hierzu insbesondere das Vorhaben eines neuen Protonenbeschleunigers für Energien von etwa 300 Gigaelektronenvolt geprüft. Über das Vorhaben kann erst nach Annahme der Änderungen des Gründungsabkommens durch die Mitgliedstaaten entschieden werden. Die Annahme dieser Änderungen verpflichtet nicht zur Beteiligung an dem neuen Beschleuniger.

Der Ausschuß für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung vom 24. April 1969 beraten und in Übereinstimmung mit dem mitberatenden Auswärtigen Ausschuß einmütig gebilligt.

Bonn, den 24. April 1969

**Raffert**

Berichterstatter

**B. Antrag des Ausschusses**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Gesetzentwurf — Drucksache V/3861 — unver-  
ändert anzunehmen.

Bonn, den 24. April 1969

**Der Ausschuß für Wissenschaft,  
Kulturpolitik und Publizistik**

**Dr. Lohmar**

**Raffert**

Vorsitzender

Berichterstatter